

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Zugpreis vierteljährlich 5 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Zimmer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rübstraße 18 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 6908.

Anzeigengebühr
für die sechsgespaltene Kolonne 5 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Zwei Abrüstungskonferenzen

Die Komödie von Washington beginnt. Aus England, Frankreich, Italien, Japan und China rüden Ministerpräsidenten und Diplomaten an. In ihrem Gefolge befinden sich Hunderte von „Experten“ und Sekretären, dazu ein starker Haufen Federwerker, die für ihre Herren gute Absichten zu erfinden und garstige Wahrheiten neuguschreiben haben. Manah alter Bekannter von Versailles her ist unter ihnen. Lloyd George soll dabei sein, auch Briand. Der große polnische Geigenkünstler Paderewski fehlt allerdings, der nicht weniger „große Einfältige“ Wilson gleichfalls. Doch ist anscheinend für letzteren in Harding ein vollwertiger Nachfolger in Amt und Bech gefunden. Die Gesellschaft hat schon vor drei Jahren treffliche Proben ihres Könnens abgelegt. Ihr Spielplan wies damals Selbstbestimmungsrecht, Rettung der Demokratie, Sicherung des Weltfriedens auf. Wie dieses Programm erfüllt wurde, ist in Europa-Malmedy oder Oberschlesien und in Vorderasien zu erfragen. Auf ihrem jetzigen Plan stehen als Hauptnummern Abrüstung, Schlichtung der fernöstlichen Streitfrage und Lösung des internationalen Finanzproblems.

Beim ersten Auftreten, vor drei Jahren, schaute die Welt noch erwartungsvoll zu. Daß es heute noch so wäre, läßt sich nicht gerade behaupten. So muß denn mit den Künsten der Regie das Interesse geweckt werden. Das geschieht etwa so:

Die Eröffnung der Abrüstungskonferenz fällt mit der Beerdigung von Americas „unbekannten Soldaten“ zusammen. Bei dieser Gelegenheit wird Präsident Harding eine Rede in einer elektrischen Stimmverstärker (amplifier) halten, wodurch hunderttausend Menschen ihn zu hören vermögen. Es ist zu erwarten, daß durch Verdoppelung dieser Einrichtung in New York, Chicago und St. Francisco die Rede auch in diesen entferntesten Städten mit angehört werden kann. Am Sonntag vorher (6. November) werden die protestantischen Kirchen die Abrüstungsfrage in ihr Gebet einfließen lassen.

Ob Harding, der als Verantwortlicher der Abrüstungskonferenz mit Worten und Taten für ihr Gelingen bürgen will, mit Kirchengelübden bis an die Zähne bewaffneten Mars zu bewirken vermag, müßte Wilson der Fromme am besten beurteilen können, da ja während seiner Amtszeit in allen amerikanischen Kirchen fleißig darum gebetet worden ist, Amerika möge vom Kriege verschont bleiben. Erfolgverheißender dünkt einem schon die Benutzung des hunderttausendfachen Stimmenverstärkers, wenn nicht zu befürchten wäre, daß sich die Gegenpartei gleichfalls des neuen elektrischen Schreibapparates bediente. Für sie ist er freilich nicht sehr dringlich, da sie ja über einen noch mächtigeren Schalleiter, über die kapitalistische Presse verfügt. Just vor der Abrüstungskonferenz schwört sie wieder das Schredgespenst, die gelbe Gefahr — Japan! — herauf, das schon mandchalen zu militärischen Zwecken herhalten mußte. Gleichzeitig wird es soll doch abgerüstet werden — auf den Kriegsschiffswerften mit beträchtlichen Betriebsbeschränkungen begonnen, eine Maßnahme, die ebensowenig wie die Anglimacherei vor der gelben Gefahr dem Abrüstungsgedanken förderlich sein kann. Und in den nächsten drei Monaten, solange soll die Konferenz dauern, werden sicherlich noch ganz andere Mittel der Beeinflussung angewendet werden.

Indes will es einem schier bedünken, daß es solcher Machenschaften gar nicht bedürfte, um der Konferenz das Schicksal des Hornberger Schießens zu bescheren. Wie der Londoner New Statesman, das dem Harding'schen Plan gewiß nicht übel gestimmte Blatt, darlegt, ist die Aussprache über die Abrüstung dann ziemlich aussichtslos, wenn Amerika nicht in den beiden andern Verhandlungsgesellschaften, in der fernöstlichen Streitfrage und der Finanzfrage große Opfer bringt. Das heißt etwa: Wenn Amerika nicht auf die Zahlung der Kriegsschulden von England und Frankreich verzichtet und Japan, dem Verbündeten Englands, in Ostasien keine gewichtigen Konzessionen macht, ist noch nicht einmal an die Erwörterung der Abrüstung zu denken.

Die Geneigtheit zur Bewilligung der Forderungen ist bei Daniel Sam vertauselt gering. Wenn er nur vom Erlassen der Kriegsschulden hört, wird ihm schon garstig zu Worte.

Ich wiederhole, schreibt ein Amerikaner in der Londoner Daily News, fährt ab mit dem Schwanz von der Schuldenaffäre. Schneidet ab damit, bis die Washingtoner Konferenz ihre Geschäfte beendet hat. Später sind die Dinge womöglich anders. Aber jetzt wird mit solchem Schwanz bloß die Rutschbahn geschmiert. Zahrt glatt ab damit.

Noch trüber wird Daniel Sam durch das Verlangen gestimmt, Japan in Ostasien gewichtige Konzessionen zu machen. Das wäre ja nichts anderes, als den ostasiatischen Markt und seine unermeßliche Ausbeutung- und Bereicherungsmöglichkeit mit dem „Ladstein“ zu teilen. Was Wunder, wenn man lieber den Abrüstungsplan scheitern läßt und die diplomatische Niederlage in Kauf nimmt.

Die Minister und Diplomaten werden in Washington die Meinung der kriegsgewinnenden Klasse vertreten, der sie ihr amtliches Dasein verdanken. Wenn es hoch kommt, werden sie,

um das Gesicht zu wahren, von einer Beschränkung der Militärausgaben reden. Briand wird wünschen, daß die Seemächte den Kriegsschiffbau verlangsamen, Lloyd George darlegen, daß die Verminderung der Landheere nicht übel wäre, Harding dürfte heilig beteuern, daß für das arme Japan die immertwährende Vermehrung der Flotte unverantwortlich sei, der Vertreter des Mikado wird den andern höflich versichern, daß seine Regierung nichts sehnlicher wünsche, als daß alle andern Mächte mit dem Rüstren aufhören möchten, damit sie selbst die Sache erwägen könne. Mit solchem Zwiesgespräch läßt sich schon etliche Zeit verbringen. Das Ende wird Weiterriisten sein.

Die Sache des Friedens hat von Politikanten nichts zu erwarten, die durch ihre Politik Wettrüsten und Kriegsgefahr geradezu hervorrufen. Die Sehnsucht der Völker muß von anderer Seite erfüllt werden. Von der großen Leidtragenden des Militarismus und des Völkermordes: von der Arbeiterklasse.

Schon oft ist die Frage aufgeworfen worden, wie es komme, daß die Arbeiterklasse, die doch den Krieg bis in die tiefsten Seelenhöhlen verabscheut, ihn nicht schon unmöglich zu machen vermocht habe. Hierauf kann kurz erwidert werden: weil ihr Krieg gegen den Krieg nicht organisiert ist. Sie hat furchtbare Anlagereden, lange Resolutionen, wartende Schriften die schwere Menge gegen die Geißel gerichtet, aber zur Tat, die allein entscheidend ist, es noch nicht gekommen, konnte es auch schwerlich kommen, weil es unter andern an internationaler Einheitsliebe im Wollen und Handeln fehlte. Ohne diese Möglichkeit wäre eine Berufsgruppe, sagen wir die Metallarbeiter, allein schon imstande, die Bestie am Toben zu hindern. Das wäre im Verein mit andern Gruppen, beispielsweise mit den Bergleuten und Transportarbeitern, natürlich noch leichter. Sie bräuchten nur international zu wollen, das Menschengeschlecht wäre von dem furchtbaren Würgengel befreit.

Nur international zu wollen! Daß dieser Wille durch die blutige Erfahrung des Weltkrieges mächtig gesteigert worden ist, läßt sich nicht bestreiten. Im November 1920 hat in London der internationale Gewerkschaftskongress sich für die Anwendung des Generalstreiks gegen Kriegsgefahr ausgesprochen. Ähnliche Beschlüsse haben die Weltgemeinschaften der Bergleute und der Transportarbeiter gefaßt, der Kopenhagener Metallarbeiterkongress seinerseits hat seine Berufskollegen zur Verweigerung von Munitionsarbeit aufgefordert. Doch alles Beschlüsse nur, wie vor dem Kriege auch, aber keine Taten, die wie eine Durchführungsbrücke stabilisiert werden können. Von ein paar spärlichen Ausnahmen abgesehen, wird allermächtig noch fleißig Munition gemacht, wird ein Kriegsschiff nach dem andern auf die See gelüftet, werden leichter denn je die Militärausgaben gesteigert. Wenn es heute einer Regierung wieder nach einem Waffengang gelüstete, die Arbeiterklasse wäre wiederum nicht imstande, ihn zu verhindern, weil sie dafür international noch immer nicht genügend vorbereitet ist. Sie hat wohl organisierte Bewegungen, um ein paar Pfennige Lohn zu sichern, aber noch keine wohlorganisierte Bewegung, um ihr eigenes Leben, das Leben des ganzen Volkes zu sichern.

Diese schlimme Unzulänglichkeit soll nun endlich abgestellt werden. Mit der Washingtoner Abrüstungskonferenz tritt in Amsterdam eine gewerkschaftliche Abrüstungskonferenz zusammen. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat die internationalen Vorstände der Transportarbeiter, Bergleute und Metallarbeiter auf den 15. November einberufen, um eine harmonische Zusammenarbeit der drei Berufsgruppen zustande zu bringen. Es versteht sich, daß sich nicht nur um den Widerstand gegen den Krieg, wenn er schon vor der Tür steht, handeln kann, sondern auch um seine Vorbeugung. Hierfür müssen die berufseigenen Mittel der drei Gruppen wie auch die politischen Mittel der Gesamtarbeiterschaft nachdrücklicher, allgemeiner angewendet werden. Vor allem sind die kriegsabwehrenden Bestrebungen mehr in Reich und Glied der Gewerkschaften zu propagieren. In dieser Hinsicht ist noch viel zu verbessern. Man denke nur an Amerika, England und an die andern Länder mit schwacher Gewerkschaftspresse, wo die kriegswilde Presse den proletarischen Geist noch fast ausschließlich beherrscht. Schließlich wäre schon viel gewonnen, wenn dort wenigstens das, was an Arbeiterzeitungen vorhanden, systematisch und vollständig für den hohen Zweck ausgenutzt würde.

Das zu tun ist zu erstrebende aber ist die Einheitsliebe im Handeln und Wollen der drei wichtigsten Gruppen. Wenn dies gelungen, sind die andern Mängel schon halb gelöst. Denn dann haben wir eine weltweite millionenstarke Organisation mit großer finanzieller, propagandistischer und wirtschaftlicher Kraft, einen gewerkschaftlichen Dreieck gegen den Krieg, für die Abrüstung, der bald mächtig genug sein dürfte, die heißeste Sehnsucht der Menschheit zu erfüllen.

Berufswahl und Berufsberatung

Ob es möglich sein wird, in jedem Falle einen Ausgleich zu schaffen zwischen Berufswahl und Berufsbegehrung, erscheint zweifelhaft. So wünschenswert dies wäre, weil nur der Mensch hohe Arbeitsleistungen (Qualitätsarbeit) erzielen kann, der mit Lust und Liebe, mit innerer Anteilnahme seine Arbeit verrichtet, so wird sich doch in der Praxis herausstellen, daß dies Ideal vielfach beim besten Willen nicht erreicht werden kann. Auch die Berufswahl und die Berufsberatung sind eben menschliche Einrichtungen, die mit Mängeln und Fehlern behaftet sind. Die an und für sich vorhandenen Schwierigkeiten werden noch dadurch vermehrt, daß sich bei manchen Menschen die Eignung und Neigung für einen Beruf erst in späteren Jahren herausstellt. Deshalb wird die Möglichkeit eines Berufswechsels unter allen Umständen bleiben müssen.

Schwerwiegender ist schon die Frage, was mit jenen Menschen geschehen soll, die eine starke Neigung zu einem Berufe haben, aber nicht die nötige Eignung dafür mitbringen. Hier wird sich ein gewisser Zwang nicht erheben lassen. Sicherlich ist die freie Berufswahl ein Ideal, aber wie jedes andere Ideal unzerstörbar, sicherlich wäre es im höchsten Maße wünschenswert, wenn ein jeder frei und ungehindert seiner Neigung folgen und sich dem Berufe zuwenden könnte, für den er eine innere Berufung in sich fühlt, aber dies läßt sich nicht durchführen. Wir beobachten ja heute schon häufig genug, daß Menschen sich vergeblich und erfolglos in einem Berufe abquälen, den sie sich selbst erwählt haben, ohne aber die nötige Eignung dafür zu besitzen. Da wird es dann schon besser sein, daß verständige Ratgeber ihnen den Weg zeigen und unter Umständen mit einem gelinden Druck nachhelfen. Wie eine schrankenlose Freiheit in einer jeden menschlichen Gemeinschaft überhaupt unmöglich ist, so ist auch eine absolut freie Berufswahl ein Ding der Unmöglichkeit. Zwischen ihr und einem Berufszwang, wie ihn die früheren Staatskommunisten (Plato, Morus, Fourier usw.) verlangten, und einem völligen Selbstbestimmungsrecht des Einzelmenschen muß eine Mittellinie gefunden werden. In einer menschlichen Gemeinschaft wird eine jede Freiheit beschränkt durch die Rücksichtnahme auf die andern Menschen, jedes Recht schließt eine Pflicht in sich, da der Mensch vom andern abhängig ist und auf den andern angewiesen ist. Wohin sollte es auch führen, wenn jeder einzelne nur dürfte, was er wollte? Darauf beruht gerade die Möglichkeit eines menschlichen Zusammenlebens und Zusammenarbeitens, daß der einzelne auf einen Teil seiner persönlichen Freiheit Verzicht leistet und sich in den Organismus einleibt.

Übertragen wir dies auf das Gebiet der Berufswahl, so will das besagen, daß keinem Menschen das Recht eingeräumt werden kann, sich ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl für irgendeinen beliebigen Beruf zu entscheiden. Ebensovienig wie er das Recht hat, seine Kräfte und Fähigkeiten brachliegen zu lassen, anstatt sie in den Dienst des Allgemeinwohls zu stellen, ebensovienig darf er Anspruch darauf erheben, sie nach völlig freiem Ermessen zu verwenden. „Eigentum verpflichtet“, heißt es in der Verfassung des Deutschen Reiches, sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das „Gemeine Beste“. Und weiter heißt es: „Jeder Deutsche hat unbeschadet seiner persönlichen Freiheit die stitliche Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert.“ Der Wille des einzelnen soll aber möglichst frei sein, auch bei der Wahl eines Berufes, aber er ist doch immer gebunden an die wirtschaftlichen Notwendigkeiten und an die Forderung hoher Wirtschaftlichkeit, die darauf hinausläuft, daß jeder arbeitende Mensch die Arbeit verrichten muß, zu der er paßt. Bis der materielle Besitz, so ist auch die Arbeitskraft nach sozialistischer Auffassung ein anvertrautes Gut, das der Besitzer allerdings zunächst zu seinem eigenen Nutzen, darüber hinaus aber zum Nutzen der Allgemeinheit zu verwenden verpflichtet ist. Das muß jeder beherzigen, der auf den Namen Sozialist, das heißt Gemeinheitsmenschen, Anspruch erhebt. Wir müssen uns zu der Erkenntnis durchringen, daß Sozialismus nicht nur Freiheit, sondern auch Organisation (also organische Freiheit) bedeutet, daß unser Wirtschaftsleben ein lebendiger Organismus werden soll, in dem nicht Willkür und Zufälligkeit, sondern Ordnung und Gesetzmäßigkeit herrscht. In dieser Organisation soll freiwillig und freudig einzuordnen, ist die Pflicht eines jungen Menschen.

Und dann dürfen wir vor allen Dingen das eine nicht vergessen, daß jede Arbeit, die dauernd und zum Zwecke des Erwerbs verrichtet wird, eine Last und mit Unannehmlichkeiten verknüpft ist. Es ist ein hohes Ideal, alles Arbeiten so zu gestalten, daß es aus einer Last zu einer Lust wird, und es hat Sozialisten gegeben, die für einen solchen Zustand geschwärmt haben. Aber dieses Ziel ist eine Utopie. Wohl soll die Gesellschaft dahin streben, daß die Arbeit eine innere Befriedigung gewährt und zu einem Lebensinhalt wird, aber es erscheint auch bei der höchsten technischen Entwicklung ausgeschlossen, jede Arbeit zu einer Freude zu machen, der man sich mit Begeisterung hingibt. Die Arbeit ist nun einmal unter allen Gesellschaftsformen eine herbe Notwendigkeit, ein bitteres Kreuz, weil der Mensch der Natur Natur ihre reißenden Gaben mit harter Mühe abringen und sie zum Gebrauche herrichten muß. Wir leben allerdings nicht, um zu arbeiten, sondern wir arbeiten, um zu leben; aber wir alle sollen unsere Kräfte anspannen und uns keine Mühe verbrießen lassen, wenn es gilt, alles das zu produzieren, was das Leben fordert. Vor den Erfolg haben die Götter den Schmerz gestellt, sagt der altgriechische Dichter Hesiod, und darum müssen wir die Arbeitsmühe auf uns nehmen. Wohl geht das Streben des Sozialismus dahin, die Arbeitsmühe zu erleichtern und trotzdem hohe Leistungen zu erzielen, dennoch wird aber immer noch ein Rest Arbeitsmühe übrig bleiben. Des menschliche Leben legt uns nun einmal ein Opfer auf, den wir uns nicht entziehen dürfen. Diese tiefe Wahrheit, daß das Leben ein fortwährendes Aufopfern ist, sollten sich alle jungen Leute ins Herz schreiben, die den Schritt tun von der Schule ins Berufsleben.

Ein lustiges Volk

Es gibt einen proletarischen Heerhaufen in Deutschland, der uns in seinem Aufbau lebhaft an die marobrierenden Bandenknechte des Wälschen Krieges erinnert. Der Unterführer besteht nur darin, daß die modernen Krieger unter dem Proletariat ziel- und planlos herumbogeln, dadurch das Proletariat schädigen, während die Bandenknechte unter allen Volksteilen ihre Streiche verüben. Es sind die Syndikallisten mit ihren verschiedenen Abarten, Anarchisten, Anarchosyndikallisten, Kommunisten, Anarchosozialisten, Kommunistsyndikallisten, Individualanarchisten usw. Die Kommunisten-anarchisten schändlich zur schwarzen Fahne; nicht etwa dem Schwarz des Zentrum, sondern dem fürchterlichen Schwarz der unheimlichen Feme oder gar des schwarzen Hundert, die Syndikallisten halten es mit dem dunkelsten Rot, die Individualanarchisten bilden schwärmerisch zur grünen Fahne des Propheten, der Farbe der Hoffnung auf und der Welt sieht nach der — gelben Fahne. Jede Richtung zählt allerdings nur einige hundert Glieder, wenn sie aber einmal in ihrer Vielgestaltigkeit zusammenkommen, wie vor kurzem in Düsseldorf — wir berichten bereits darüber —, so gibt es einen schönen bunten Haufen.

Der Kern der in syndikalistischen Bewegung hat in der letzten Zeit den Höhepunkt erreicht. Wäre die Sache nicht so bitterernst für das Proletariat, man könnte herzlich darüber lachen. Immerhin sind noch einige Arbeiter dabei, die mit ehrlichem Willen Geld und Zeit opfern, da sie des Glaubens sind, diese Organisationsform sei das Richtige. Erstreckt man sich die besten Kräfte in der letzten Zeit von diesem Kummel ab und kehren in die Zentralgewerkschaften zurück. Zum Beweis der äußersten Ziellosigkeit der Prinzipienfeste — einige Beispiele.

Schon vor dem 13. Syndikalistentag sind der Klamauf an die Geschäftskommission der Syndikalisten — einen Vorlauf auf es gemäß der Prinzipien nicht geben — erfolglos einen Aufruf und legte die Forderungen (örtliche Geschäftsleitungen) nahe, sich mit den Mitgliedschaften zu verständigen. Jede Arbeiterbörse solle nach Möglichkeit nur einer Delegierten entsenden. Das war schon scheinbar von den Prinzipienfesteren zurück verlangt, im „Syndikalist“ erklärt darauf einer namens Bogenski eine Warnung und sagt: Die Geschäftskommission habe in den letzten zwei Jahren schauerhaft gewirtschaftet, ihre Tätigkeit fordere zur äußersten Schärfe Kritik heraus, die Geschäftskommission fürchte aber die Kritik und wolle nun die Befehle des Kongresses in ihrem Sinn beeinflussen, um das Einseitige ungehindert vornehmen zu können. Dieser Vorschlag sei ein Faustschlag in das Antlitz unseres Prinzips der Dezentralisation und das Prinzip der Ablehnung jeder zentralen Leitung würde geradezu mit Füßen getreten.

Man staunt darüber, welche Wichtigkeiten diese „aufgeklärtesten aller Klassenkämpfer“ in Erregung bringen können. Auf dem Kongress ist es dann in diesem Zug weitergegangen. Nach dem eigenen Bericht der Syndikalisten haben sie sich 4 Tage um Wichtigkeiten gekümmert, für die kein hinreichender Grund vorhanden gewesen sei. Roder, der Hauptsyndikalistenführer, habe erklärt, die Redewendung „der Syndikalismus genüge sich selbst oder genüge sich nicht selbst“ sei nur akademischer Natur, habe keine praktische Bedeutung. Warum dann vier Tage herumgeredet wurde? Eben nur zur Verteidigung des syndikalistischen Abbaubehufnisses. Die deutsche Arbeiterchaft, die ein Interesse daran hat, zu erfahren, was die Syndikalisten eigentlich wollen, wird im unklaren gelassen. Die Syndikalisten wollen im trüben weiter fischen. Alle grundsätzlichen Resolutionen wurden ohne Diskussion angenommen.

Von lustiger Syndikalistischer Eigenart zeugt ein Antrag, der verlangt, die Raffensbände vor Maroburern zu schützen. Für diese Tätigkeit soll in den Bezirken je ein befähigter und energischer Genosse — und hier rennen sie mit dem Prinzipien zusammen, gewählt darf keiner werden, das ist „autoritär“, ist viel zu behördlich, demnach streng dezentral; bestimmt ist wiederum diktorisch und Diktatur ist ebenfalls verboten, dann müssen die Personen — „ersehen“ werden. Wie das „Ersehen“ vor sich geht, verrät das lustige Völlchen nicht, es bleibt ihr großes Geheimnis.

Wie kann eigentlich die Gesellschaft ist, verraten sie gleichfalls nicht. Auf dem Kongress wurde gesagt, das Resultat der Mandatsprüfungskommission gebe keinen Anhalt über den Mitgliederstand. Von den Vergaberäten seien nur 35 Ortsgruppen anwesend, während Spanien, der syndikalistische Vergaberäteverband, angibt, daß 120 Ortsgruppen existieren, von denen ein großer Teil ihm das Mandat übertragen habe, er aber die Mandate nicht erhalten hat. Das gleiche bei den Metallarbeitern, von 83 Gruppen seien nur 58 vertreten. Von 122 Ortsgruppen haben nur 25 die Fragebogen zur Feststellung der Mitgliederzahl beantwortet. Die ganze Komödie hat in dem dynamischen Mitgliederchwund ihre Ursache.

Wir haben ferner die Beobachtung machen können, daß die Arbeiter, die den Zentralgewerkschaften den Rücken kehren und zu den Syndikalisten gehen, in 90 von 100 Fällen dies nur der weiteren Beiträge zuliebe, die bei den Syndikalisten erhoben werden, tun. Sie verlangen nichts anderes als ihre niedere Vertragslohn. In der letzten Zeit finden wir unsere Auffassung durch die Syndikalisten selbst bestätigt. Die Syndikalisten haben keine Zentralstellen, in die fortlaufend regelmäßige Beiträge fließen und die dann bei ausbrechenden Arbeiterkämpfen zur Unterstützung der im Kampf stehenden Arbeiter nach den autoritären Bestimmungen ihre Verwendung finden. Ihre einzeln gesammelten Groschenbeiträge bleiben am Ort und brechen einmal Kämpfe aus, haben sie regelmäßig kein Geld, die Unterstützungsummen sollen dann durch Sammlungen oder sogenannte Solidaritätsbeiträge aufgebracht werden. Diese Solidaritätsbeiträge werden gewöhnlich von den Habitualen nicht geleistet. Man nehme nur einmal den „Syndikalist“ zur Hand und lese das arbeitslose Gewinnd der syndikalistischen Geschäftsleitungen um die paar Mark, damit die Streikenden nicht geklagt werden, aus Mangel an Geld den Streikbrecher zu machen. Da heißt es in einem Aufsatz an die Vergaberäte: „Schaut ihr Aufbegehren euch nicht? Was hat denn die 10 M? Ist dieses zuviel? Im Verhältnis zum Friedenswert des Geldes nur fünfzig Pfennige, der höchste Teil eines Tagelohns. Also, liebe Vergaberäte, geht reichlich! Doch die Solidarität!“ Bezeichnend ist auch ein Antrag, der vom Düsseldorfer Kongress angenommen wurde, er lautet: Die Delegierten verpflichten sich, sofort an die Vorsitzenden oder Kassierer ihrer Organisationsstelle zu senden, damit diese sofort veranlassen, 3 M pro Mitglied an Solidaritätsbeiträge für die Streikenden an die Geschäftsleitungen der Vergaberäte oder an die Geschäftsleitungen abzugeben.“ All dies scheint jedoch über sehr wenig Erfolg zu haben, denn in jeder Nummer ihres Organes wird berichtet von Aufgehren von Einzelmitgliedern und ganzer Gruppen, die eben das Geld nicht bezahlen. Diese Streiken werden, was sie innerlich schon immer waren, indifferent oder gelb, leichter am meisten, denn dann bezahlt der Unterzeichner den Verbandsbeitrag. Sie haben sich denn wieder herausgehoben. Wie leicht es mit den Solidaritätsbeiträgen bestellt ist, zeigt auch die Abrechnung der Metallarbeitervergaberäte, die in einem ganzen Monat an dem ganzen Deutschen Reich 60 000 M ergab. Eine Summe, die gerade esoterischer wäre, 150 Mark nach den Sätzen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes eines Monats lang mit Streikunterstützung zu versehen. Was nimmt es denn wunder, wenn, wie in Genf, bei fünf aus Streit beteiligten Syndikalisten einer schon nach kurzer Zeit den Streikbrecher aus Mangel an Mitteln werden muß. Während des Streikens waren es in einer Fabrikfabrik sogar dreizehn.

Bezeichnend wird auch die syndikalistische Komödie nach einem Bericht des „Syndikalist“. Oberhaupt der Syndikalisten Roder hat bitter Klage geführt, daß in Rheinland-Pfalz die Mitgliedschaften rasch zurückgehen und die Solidaritätsbeiträge nicht geleistet werden. Danach erwidert der Vorsitzende der Ortsgruppe Gung, es sei gar nicht gut, sozial Mitglieder zu haben. Im Jahre 1920 habe die Gruppe 600 Mitglieder gehabt, die jetzt aber demontiert in hohem Maße in die Hände gelangen, zu der angeführten Demonstration sei aber keine erschienen. Die meisten Überlebenden auf der Erde und in den Fabriken werden von diesen Syndikalisten gemacht. Jetzt sei die Ortsgruppe gefahrlos. Über die Hälfte der Mitglieder sei hinausgeworfen worden und jetzt habe nicht mehr als ein Drittel an Mitgliedern.

Ein sonderbarer Vorgang, nachdem die Mitglieder hinausgeworfen sind in Syndikalisten geworden. Wie wäre es sonst möglich, daß jetzt alles in Gung von Syndikalisten kriecht und krabbelt? Auf Dumm- und Blauensmachen verlassen sich die Syndikalisten vorzüglich. Durch ihr gewissenloses Treiben werden sie der Arbeiterschaft gefährlich. Ihr Organ berichtet aus einer Versammlung in Aue im Erzgebirge: „Der in unserer Gegend in Aussicht stehende Streik der Metallarbeiter dürfte durch die zentralgewerkschaftliche Verbandskarte als abgewürgt zu betrachten sein, was uns zu neuer intensiver Arbeit ein Anstoß sein muß.“ Auf dem gleichen Blatt finden wir einen Verfallungsbericht aus der Syndikalistengruppe Dresden-Heidenau, da wird das direkte Gegenteil vertreten, es heißt: „Unsere hiesige Ortsgruppe, welche ebenfalls in den Kampf des großen Deutschen Metallarbeiter-Verbandes um ein paar Bettelgroßen mit hineingezogen ist und von vornherein erkannt hat, daß auch hier wieder ein Komödientenspiel aufgeführt wird, ließ es sich angelegen sein, unseren Arbeitkollegen das wahre Gesicht dieses Kampfes zu zeigen.“

Heidenau und Aue liegt geographisch gar nicht allzu weit voneinander entfernt. In Aue ist es unseren Funktionären gegliedert, ohne Schmerzen, opfervollen Kampf eine Wohnverbesserung herauszuholen. Darüber sind die syndikalistischen Abzweigungen tiefbetäubt, besonders, weil der in „Aussicht stehende Streik“ nicht stattzufinden brauchte. Das war Verrat der Metallarbeiterführung am Proletariat. In Heidenau ging die Sache anders. Die Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis, der Streik wurde unvermeidlich. Eine folgenreichere Ausprägung folgte. Das war nun wieder nicht nach dem Geschmack der Syndikalisten, nach ihrer Meinung wieder ein Verrat der Metallarbeiterführung. In Aue hätten sie gern um ein paar Bettelgroßen gestreift und in Dresden wollen sie nicht um die paar Bettelpennige streifen.

Diese Proben mögen genügen, um zu zeigen, was es eigentlich um die syndikalistischen Worthelden bestellt ist. Sie wissen in der Theorie nicht, was sie wollen, und in der Praxis predigen sie kurzgehand immer das Gegenteil von dem, was die freiorganisierte Arbeiterschaft tut. Arbeitkollegen, reißt diesen „Auch“ arbeitervertretern die Maske vom Gesicht, sagt ihnen offen, was sie sind, nämlich Schlinglinge des Proletariats, Marodeure der Arbeiterbewegung.

Bleibt in Oberschlesien!

Kollegen und Volksgenossen! Die Wirtel über das Schicksal Oberschlesiens und damit über Euer eigenes Schicksal sind gefallen. Trotz deutscher Mehrheit bei der Abstimmung, im Widerspruch mit allen Gesetzen von Recht und Gerechtigkeit, hat der Völkerverbund entschieden, daß viele Heimatländer von Euch nach Polen einverleibt werden, obwohl Ihr Euren Willen, bei Deutschland verbleiben zu wollen, in unabweisbarer Weise ausgedrückt habt.

Der Widerwille und die Empörung über ein so schweres Unrecht, die sich bei Euch darüber geltend machen, sind verständlich. Und es gibt auch keine Rechtfertigung für ein derartiges, allen bisherigen Anschauungen von Unparteilichkeit und Demokratie widersprechendes Verhalten. Ihr erinnert Euch dabei der Drangsalierungen, die Ihr bei Eurer Abstimmung erdulden mußtet; in scharfer Erinnerung sind Euch die schweren Leiden nach der Abstimmung, die schweren Bedrohungen und Gefahren, denen diejenigen ausgesetzt waren, deren deutsche Gesinnung der Gegner bekannt geworden ist. Viele von Euch befürchten, daß sich diese Dinge jetzt, nachdem ein Teil von Oberschlesien polnisch werden soll, wiederholen könnten, und müßt deshalb, die Scholle zu verlassen, die ihnen bisher Wohnung und Heimat gewesen ist.

Arbeiter, Volksgenossen! So sehr wir Eure Gefühle verstehen, so sehr müssen wir Euch abraten, diesen Gefühlsauswülfungen zu folgen. Nur wo der Druck tatsächlich von neuem unentgeltlich wird, solltet Ihr ihn weichen. Sonst aber, wo man Euch nicht geradezu zum Fortgehen zwingt, solltet Ihr unbedingt an der bisherigen Stelle verbleiben. Zunächst besteht bei der herrschenden Wohnungsnot und der noch immer großen Arbeitslosigkeit im übrigen Deutschland keine Möglichkeit, Kaufende und Heimatländer unterbringen zu können. Wer flüchtet, muß sich mit dem Gedanken vertraut machen, maratelang, vielleicht ein Jahr und noch länger in Flüchtlingslagern mehr schlecht als recht untergebracht zu werden.

Vor allem aber glauben wir annehmen zu dürfen, daß die Entente, nachdem einmal die Spruch so gefallen ist, sich auch verpflichtet fühlen wird, Euch vor dem Schlimmsten zu schützen. Die Entscheidung des Völkerverbundes läßt deutlich erkennen, daß auch er davon überzeugt ist, daß die an Polen abgetretenen Gebiete ohne deutsche Arbeit und Geschäftskraft wirtschaftlich nicht weiter bestehen können. Die zur Verwaltung des Industriegebietes einzusetzende Wirtschaftskommission, welche zur Hälfte aus Deutschen besteht, hat ein Interesse daran, Euch zu schützen.

Ihr müßt auch die ganz bestimmte Zusage nicht vergessen, daß bei den Verhandlungen über das Wirtschaftsabkommen die Deutschen Gewerkschaften darauf bedacht sein werden, Eure Interessen und Rechte energisch zu schützen und zu sichern. Deshalb fordern wir Euch nochmals auf: Wenn man Euch nicht geradezu gewaltfam vertreibt, dann bleibt an Euren bisherigen Wohn- und Arbeitsort.

Wir werden die Entwicklung der Dinge streng im Auge behalten und gegebenenfalls weitere Richtlinien veröffentlichen.
Zentralkommission der freien Gewerkschaften Schlesiens.
F. A. F. Kohl
Bezirksamt der F. G. B. für Oberschlesien:
F. A. Fr. Karger.

Unsere Arbeitslage

Der weitere wirtschaftliche Aufschwung wird durch unsere Erhebungen für die Woche vom 16. bis 23. Oktober festgestellt. 720 Verwaltungen berichteten über 27514 Betriebe mit 2026204 Arbeitern. 26912 Betriebe mit 197386 Arbeitern waren vollbeschäftigt, verfügbare Arbeiter 412 Betriebe mit 46831 Arbeitern, 190 Betriebe mit 3387 Arbeitern waren stillgelegt. Ein Vergleich mit der Vorwoche ergibt folgendes Bild:

	Berichtswoche		Vorwoche	
	Betriebe	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter
Vollbeschäftigt	97,8	97,4	97,3	96,9
Stillgelegt	0,7	0,3	0,7	0,3
Kurzarbeiter	1,5	2,3	2,0	2,8

Die vollbeschäftigten Betriebe und Arbeiter vermehrten sich weiterhin erheblich, die Kurzarbeiter verminderten sich um annähernd ein Fünftel der letzten Berichtswache, wie folgende Aufstellung erkennen läßt:

	78814 = 3,7 %
Woche vom 25. September bis 2. Oktober	78814 = 3,7 %
2. bis 9. Oktober	69142 = 3,4 %
9. 16.	56522 = 2,8 %
16. 23.	45831 = 2,8 %

Diese Woche nahmen in den Kreisen Brandenburg, Dresden, Erfurt, Halle, Gumburg, Hagen, Frankfurt und Stuttgart die vergrößerten Betriebe und Arbeiter ab. Wie berichtet wird, herrscht in vielen Verwaltungen ein empfindlicher Mangel an gelerntem Metallarbeitern, so in Ansbach und Rempten. Letztere Verwaltungen teilt uns mit, daß dort jetzt keine Metallhandwerker aufzutreiben sind; die Heilungen wie auch die Arbeiterkämpfe sind täglich Metallarbeiter. Der Beschäftigungsgrad ist jedoch nicht überall gleich. Im März zum Beispiel gab von 143 Betrieben, die dem Metallgewerbe angehören, noch 34, also ein Fünftel Drittel, stillgelegt. Im Gegensatz ist es fast ebenso. Hier arbeiten von 166 Betrieben 81, das ist fast die Hälfte, immer noch vergrößert und 25 Betriebe sind stillgelegt. Diese vergrößerten und stillgelegten Betriebe sind ausschließlich Goldschlaggereien, die wegen der ungewissen Zukunft und der dadurch bedingten hohen Beschäftigung nicht mehr expandieren können. Die meisten Kurzarbeiter verzeichnet zuerst

Mürnberg, wo von 45 000 Beschäftigten beinahe ein Viertel verkürzt arbeitet.

Über Zeitslänge und Ausdehnung der Kurzarbeit gibt die folgende Aufstellung Auskunft:

Stunden	Berichtswoche		Vorwoche	
	Betriebe	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter
42 bis 45	64	15,8	10870	23,2
36 - 41	128	30,6	23218	49,6
32 - 35	138	33,8	5299	11,3
24 - 31	65	15,8	6803	14,3
unter 24	19	4,6	648	1,4
			77	14,9
			141	29,2
			192	35,6
			103	19,1
			26	4,9
			12151	21,4
			26116	40,1
			8918	15,7
			8546	15,1
			921	1,7

Am stärksten verminderte sich die Zahl der von 32 bis 35 Stunden Beschäftigten, die unter 24 Stunden arbeitenden Kurzarbeiter nahmen weiterhin erheblich ab.

Über Berlin ist diese Woche folgendes zu berichten: Vorhanden sind 3213 Betriebe mit 250 342 Arbeitern. Nach Meldungen der dortigen Betriebsräte über Groß- und Mittelbetriebe ergibt sich:

Vollbeschäftigt sind . . . 682 Betriebe mit 187 840 Arbeitern.
Verkürzt arbeiten . . . 64 „ „ 20 729 „
In der Vorwoche . . . 67 „ „ 21 062 „

Von 1 548 057 Mitgliedern waren 17 352 arbeitslos, 50 592 Kurzarbeiter, davon in Berlin arbeitslos 4956. Auf je 100 Mitglieder entfallen in der

	Mitglieder des Verbandes	Arbeitslos	Kurzarbeiter
Woche vom 25. September bis 2. Oktober	1,51 %	5,34 %	
2. bis 9. Oktober	1,39 %	5,13 %	
9. 16.	1,21 %	8,69 %	
16. 23.	1,12 %	8,27 %	

An Arbeitslosenunterstützung wurden in dieser Woche vom Verband 116 881 M ausbezahlt.

Die Jenaer „Tagung war ein Marfstein“

In der Generalversammlung unserer Verwaltungstelle in Jena wurde Bericht über den Jenaer Verbandstag erstattet. Das Ende der Aussprache bildete die einstimmige Annahme der folgenden Erklärung:

Die Generalversammlung begrüßt die Tagung in Jena als einen einschneidenden Schritt auf dem Wege der Wiedervereinigung der Arbeiterklasse und damit zugleich als Stärkung der Kampffront der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus und Imperialismus. Die Tagung war ein Marfstein auf dem Wege zum Sozialismus und wünscht die Ortsgruppe Jena, daß die dort angenommenen Anträge recht bald Wirklichkeit werden zum Segen der arbeitenden Klassen.

In ihrem Grundton ähnliche Entschlüsse und Aussprachen hat die Verichterstattung über Jena vielfach gezeugt. An ihre Wiederholung läßt der knappe Raum unserer Zeitung nicht denken.

Mißstände in der Heizungsbranche

Es ist notwendig, einmal ein offenes Wort zu den Mißständen unserer Branche zu sprechen.

Das Überstundenunwesen hat arg überhand genommen. Uns ist zwar bekannt, daß es im Heizungsgebiete zuweilen unendlich ist, Überstunden zu vermeiden, was aber nicht vorzukommen darf, ist, daß sie nicht den tariflichen Sätzen entsprechend bezahlt werden. Und doch ist es in zahlreichen Fällen Tatsache, daß ohne die Lohnzuschläge gearbeitet wird. Daß darin eine große Gefahr für die Erhaltung des Lohnes und den Abschundentag liegt, ist handgreiflich. Es muß daher in allen unseren Sparten von den Kollegen verlangt werden, daß sie der Branchenleitung alle Monate die Zahltagstüten vorlegen, um feststellen zu können, daß die vereinbarten Zuschläge für Überstunden gezahlt werden. Wenn das nicht der Fall ist, müssen Überstunden unbedingt verweigert werden. Diese Kontrolle der Zahltagstüten (Abrechnungen) hat aber noch einen großen Vorteil, der nicht außer acht gelassen werden darf, nämlich, die Branchenleitung wird in die Lage versetzt, jederzeit einwandfrei die Löhne und Auszahlungen feststellen zu können, wodurch ihr erspart bleibt, daß sie bei Verhandlungen irrtümliche oder unwahre Angaben über den Verdienst macht. Weiter kommt in Betracht, daß jederzeit festgestellt werden kann, ob die Kollegen in Lohn oder Akord arbeiten. Auch hier ist eine Kontrolle sehr am Platze, damit man eine Übersicht bekommt, ob die Beschlüsse unserer Berufsversammlung in Leipzig 1920 auch eingehalten werden.

Einem weiteren Mißstand muß vollste Beachtung geschenkt werden, der jetzt häufig bei den Auszahlungen angewandt wird. Um ein Beispiel zu geben: Ein Kollege weigert sich, unter 30 M Zulage auf Montage zu gehen, da es ihm unmöglich ist, mit weniger auszukommen. Die Firma erklärt, das könne und dürfe sie wegen anderen Firmen nicht machen, aber sie macht dem Monteur den Vorschlag, ihm 25 M Zulage zu geben, und wenn die Zulage fertiggestellt ist, solle er für jeden Arbeitstag noch eine Entschädigung von 5 M (Prämienystem) erhalten. Da erzählt ein anderer Kollege, daß die Firma 30 M Zulage bezahlt, wird bei der Firma vorstellig und verlangt die 30 M Zulage, worauf die Firma dem betreffenden Kollegen das Lohnbuch vorlegt, um zu beweisen, daß die 5 M selbstverständlich noch nicht bezahlt sind. Man sieht daraus, was für Nachteile den Kollegen aus solchen Sonderabmachungen, aus solchem Mißstand entstehen können. Es muß also Aufgabe der einzelnen Branchenleitungen sein, solche Zustände zu beseitigen, was möglich ist, wenn man eine Kontrolle, wie oben vorgeschlagen, einführt. Es wird überhaupt notwendig sein, daß in den Kollegenkreisen in dieser und anderer Beziehung mehr Aufklärung geschaffen wird, und daß ist sehr leicht möglich, wenn alle solche Vorkommnisse umgehend an die Berufszentrale beim Vorstand in Stuttgart eingeleitet werden. S. D. W. i. (Stuttgart).

Der internationale Gewerkschaftskongress

wird gemäß Beschluß einer Vorstandssitzung des F. G. B. für den 20. April 1922 nach Rom einberufen.

Fortsetzung der Russenhilfe.

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat in seiner Sitzung vom 22. und 23. Oktober in Genf nach lebhafter Aussprache folgenden Beschluß gefaßt:

Der Vorstand des F. G. B. erklärt sich mit den vom Büro des F. G. B. unternommenen Schritten zugunsten Rußlands einverstanden und fordert die Arbeiter aller Länder auf, sich an den Sammlungen kräftig zu beteiligen, welche von dem Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam eingeleitet worden sind.

Die genossenschaftlichen Sammlungen.

Die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, quittiert erntmäßig in der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau über die bisherigen Ergebnisse der Sammlungen für die Opfer der Opposer Katastrophe und für das hungernde Rußland. Für die erzielten gingen bisher 94 515 M und für das letzte 69 900 M von Konsumgenossenschaftlichen Organisationen und einzelnen Spendern ein. Die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine nimmt weitere Gaben entgegen.

Eingestelltes Untersuchungsverfahren.

Während des Kurzarbeiterstreiks wurde gegen das Arbeiteramtmitglied Schumacher von seinen Parteigenossen der Vorwurf erhoben, er setze als Spion im Solde des Geschäftsführers Stapelfeld. Eine vom Metallarbeiter-Verband eingesezte Untersuchungskommission stellte fest, daß gegen den Kollegen Schumacher nicht der geringste Beweis der Spionage oder anderer unethischer Handlungen erbracht werden konnte. Das Untersuchungsverfahren wurde deshalb eingestellt. Die Ortsverwaltung Bremen.

WELTSCHAU

Japanischer Brief

Von Dr. Lotijiro Kajit (Tokio)

Wir geben diesen Beitrag des japanischen Sozialisten und großen Menschenfreundes, der verschiedentlich als Delegierter auf internationalen Arbeiterkongressen war, ohne die Abschnitte wieder, die sich auf den Nichtungsausschreit oder die taktischen Strömungen in der japanischen Arbeiterbewegung beziehen. Die Streichungen sind gemacht, weil zu befürchten ist, daß bei Beurteilung dieses Meinungsartikels die europäische Schablone gebraucht wird, die ganz und gar nicht für die ostasiatische Autokratie paßt, zumal deren Arbeiterbewegung noch in einem politischen, geistigen und sozialen Zustand zu leben und zu kämpfen hat, der, soweit er bei uns überhaupt zu finden ist, unferm heutigen Arbeitergeschlecht nur aus vergilbten Geschichtsbüchern bekannt sein kann. Wir hoffen, diesen fremdartigen Zustand noch in passlicherem Zusammenhang darstellen zu können. Redaktion.

Dem weniger scharfen Beobachter Japans mag die erste Hälfte des Jahres 1921 in der Hauptsache ganz ruhig erschienen. Allerdings waren in den Zeitungen zwei den beunruhigenden Überschriften, wie: 'Zensur, schwerer Fall' zu lesen. Aber die leichtlebige Leserschaft vergaß das gern schnell wieder, um über die prächtige Geschäftslage während des Krieges und ihre Wiederbelebung nachzudenken.

Die Streitfälle der Arbeiterschaft waren gleichfalls gering an Zahl und Ausdehnung, abgesehen von dem Generalstreik in den Kupferbergwerken von Aischio und in Kobe, die beide in einer Niederlage für die Arbeiterschaft endeten.

Die Betrachtung der Oberfläche indes zeigt nicht notwendigerweise auch die Art der Unterströmung auf. Das Auffälligste dieses Jahres ist der geistige Wandel unserer Arbeiterschaft, anders ausgedrückt, die Zunahme des Klassenbewußtseins in unserem Proletariat. Jede kleine Schlappe der Arbeiter, jeder kleine Unterdrückungsversuch der Regierung und jede kleine Härte der Kapitalisten trug zur geistigen Stärkung der Arbeiterschaft bei, ein Fortschritt, der schließlich und unvermeidlich eine soziale Umgestaltung dieser oder jener Art, vielleicht sehr bald, herbeiführen kann. Den Gang der Dinge in ganz Japan bezeugt die Tatsache, daß unsere Arbeiter schon weit genug als Klasse zusammengewachsen sind, um den gesellschaftlichen Zustand zu verstehen und aus jeder Sachlage und Erfahrung Nutzen für sich zu ziehen.

Durch welche Methode aber? Eine kurze Darlegung von einer oder zwei Bewegungen, die jüngst stattfanden, wird Licht auf die Unterströmung des jetzigen verworrenen Zustandes Japans werfen und mag auch die Taktik ahnen lassen, zu der unsere Arbeiter bei ihren künftigen Kämpfen mit den Kapitalisten Zuflucht nehmen mögen.

Am 30. Dezember 1920 wurden die Leute der Abachi Compagnie in Tokio ausgesperrt als Antwort auf ihr Verlangen nach Anerkennung ihrer Gewerkschaft. Am sechsten Tage des neuen Jahres erschienen die Arbeiter, sich nicht um die Ausperrung schreckend, im Fabrikhof zum Demonstrieren. Sechs Tage später verloren die Leute, da ihr Verlangen noch immer unerfüllt geblieben, die Geduld. Sie brachen abends in den Betrieb ein, schlugen Maschinen und anderes zusammen. Die Folge: 40 Arbeiter wurden eingekerkert. Somit hat die Arbeiterbewegung das Jahr 1921 in einer dynamischen Stimmung begonnen.

Am 25. März versammelten sich die 7000 Leute der Kupferwerke am Aischio, die dem großen japanischen Kupferkönig Furutawa gehören und forderten die Gewährung kollektiven Unterhandeln (Kollektivvertrag), dazu einen täglichen Mindestlohn von 1,80 Yen (3,80 Friedensmark) und den Achtstundentag. Eine Woche später wurden die Forderungen von einem Aktionsausschuß, den sich die Belegschaft erkoren, bei der Direktion vorgetragen. Diese wies die Forderung glatt ab und entließ 400 „unerwünschte“ Bergleute — starke Aufgebote von Gendarmen und Polizisten strömten herbei. Hierauf verließ die Belegschaft die Betriebe und Berge. Als Gegenschlag ließ die Direktion die Familien der Streikenden mit Gewalt aus den Werkhäusern werfen und schnitt ihnen die Nahrungsmittel ab.*

Trotz dieser Provokation (übrigens gar nichts Auffälliges in der ostasiatischen Autokratie) blieb die Solidarität der Leute: wie ihre Haltung bei den Demonstrationen „ideal“, um das Wort Ainos, des Hauptes des Verbandes der Bergleute Japans zu gebrauchen. Die Bewegung endete am 18. April ohne irgend welchen Gewinn. Die Masse sank wieder zurück in den Sumpf des Glubs und der Verzweiflung.

Eine andere Begebenheit, die noch deutlicher die Schwierigkeiten des Klassenkampfes in Japan zeigt, trug sich jüngst in Kobe zu. Am 7. Juli traten dort die Arbeiter der Kawasaki-Werke, 15000 an Zahl, in Streik. In Sympathie mit ihnen gingen fünf Tage später 10000 Mann von der Mitsubishi-Werke aus ihren Werkstätten. Einen Ausstand von einer solchen Stärke und Heldauer hatte Japan noch nicht gesehen. Die Haltung der Masse wie auch die ihrer Führung hätte bei altgedienten Gewerkschaften nicht ausgerechnet sein können. Die Zeitungen widmeten der „großen nationalen Begebenheit“ viele kostbare Spalten. Und dennoch, der Streik endete mit einer vollständigen Niederlage. Was die Leute nach einem Monat Entzehrung und banger Sorge erhielten, war die Einreichung von 800 ihrer Kameraden in die Armee der Arbeitslosen. Die Direktion versprach, sie wolle in späterer Zeit „mal überdenken, was sich in Sachen der Maßregelung machen lasse“.

Dieser trotz unwandelbarer Solidarität und Ausdauer erlittene Rückschlag und ähnliches mehr entsachten in Reich und Glied der Arbeiterschaft Mißtrauen gegen ihre Führer und Beamten und schwere Enttäuschung. Der linke Flügel gewann viel Anhänger.

Nun noch einiges von dem Stand der sozialistischen Bewegung überhaupt. Ende Januar dieses Jahres ist unsere Zeitung „Arbeiterbewegung“, deren Ausgabe eine Zeitung einstellt war, wieder als Wochenblatt erschienen. Sie war früher das Blatt von Anarchisten, die sich um den japanischen Babunin Dugi sammelten. Eine Anzahl ausgesprochener Bolschewisten edigierten es im Verein mit bekannten Anarchisten. Diese an sich unbedeutende Tatsache sei nur angeführt als Erklärung des bald darauf folgenden Richtungswechsels in der revolutionären Bewegung in Japan. Als sie ihr Wigwam mit der breiten Öffentlichkeit vertauschten, vergaßen Anarchisten und Sozialisten um der proletarischen Aktion willen eine Zeitung die dogmatischen oder theoretischen Trennungslinien. Die Revolutionäre sind, was mit den obigen Zeilen gesagt sein soll, auf der Straße erschienen, um hier in der harten Wirklichkeit ihre Kräfte und die Nichtigkeit ihrer Anschauungen zu erproben.

Trotz der äußerst eifrigen Überwachung und der drastischen Maßnahmen der Regierung gegen Anarchisten und Sozialisten wurden öffentliche und geheime Versammlungen im ganzen Lande abgehalten, besonders in Tokio und Osaka. Die Auseinandersetzung der Zusammenkünfte durch die Polizei ist etwas so Alltägliches geworden, daß sich die Öffentlichkeit nicht mehr darüber aufregt. Immerhin ist durch diese Schikanen die propagandistische und organisatorische Tätigkeit mehr und mehr Untergrundarbeit geworden. Verbot und Konfiskation sozialistischer Schriften sind gleichfalls allgemein. Ein bloßes Wort wie Revolution läßt den Zensur zugreifen. Keine sozialistische oder anarchistische Veröffentlichung ist vor der Zensur sicher. Unter solchen Umständen ist es ganz natürlich, daß Streitschriften und Flugblätter massenhaft geheim erscheinen. Im April erschien in Tokio die erste Nummer des Kodoscha (Der Arbeiter). Es ist dies eine Monatschrift einer Gruppe revolutionärer Arbeiter, die mehr oder weniger im Gegensatz zu den sozialistischen und anarchistischen Gruppen der Intelligenz steht. Zugegeben, daß Streitschriften und persönliche Mißbilligungen die Beweggründe dieser gegen die alten Führer und Intelligenzen verbundenen Gruppe sind, sie kann dennoch als ein verheißungsvolles Zeichen für das Herannahen der proletarischen Revolution betrachtet werden. Diese Gründung erinnert daran, daß die japanische Arbeitermasse, die zum Teil von dem alten Traditionsismus und der Führung durch die Intelligenz abtrübt, eine Minderheit birgt, die sich stark genug fühlt, auf eigenen Füßen zu stehen und ihr Tun selbst zu bestimmen.

Ein anderes interessantes Zeichen ist die Geburt des Seitran-Kai (Vereinigung roter Frauen). Am 40. April kamen am 24. April im Haus der sozialistischen Liga zusammen und gründeten eine Frauenpartei. In ihrem Manifest heißt es: „Wir erklären hiermit den Krieg bis zum äußersten jeder Unterdrückung, die unsere Brüder und Schwestern in die Tiefe der Armut, der Unbildung und der Sklaverei getrieben hat.“ Das Lesen dieser ganz „unweiblichen“ Erklärung und die Musterung der Mitgliederliste lassen einem sagen, daß die neue Vereinigung auf dem allerintimsten Flügel der Frauenbewegung Japans steht. Es ist dies tatsächlich der erste Versuch, japanische Frauen unter dem Banner des Sozialismus zu organisieren.

Und nun kam die Mafseier, die zweite, die Japan gesehen. Kundgebungen gab es in den meisten Großstädten, die zu Tokio war, wie leicht verständlich, die eindrucksvollste. Die Zahl der an der Strahendenemonstration Teilnehmenden wird auf 30000 geschätzt. An Aufstrebungen der Polizei, den Umzug auseinanderzutreiben, hat es nicht gefehlt. Bei den Kämpfen von Mann gegen Mann hat es viele Schwerverwundete gegeben. Ein halbes Hundert Sozialisten wurden verhaftet und verurteilt. Die Polizisten bearbeiteten einige weibliche Teilnehmer mit ihren schwer benagelten Stiefeln und schleppten sie bei den Haaren zur Polizeistation.

Die Sozialistische Liga, im November 1920 gegründet, ist im letzten Juni durch Verordnung des Ministeriums des Innern aufgelöst worden. Kurz vorher, am 9. Mai, hielt sie ihren zweiten Jahreskongreß ab. Die hauptstädtische Polizei versuchte, die Tagung durch Drohungen zu stören, als dies vergeblich, schritt sie zur Auflösung durch Gewalt. Es will scheinen, daß die Auflösung der Sozialistischen Liga keinerlei schädigende Wirkung hat, wenn man die Behörde außer Betracht läßt. Die Bewegung, nun eher noch stärker, ist jetzt für die Regierung ungreifbarer, unkontrollierbarer geworden. Die illegalen Organisationen haben sich vermehrt und ihre Propaganda wird im Untergrund betrieben, wo sie außerhalb der Reichweite der Polizeifist ist.

Die Behörden, in einem fort gehänselt, sind arg nervös geworden. Sie haben sich nun die hoffnungslose Aufgabe gestellt, die sozialistische Bewegung völlig auszurotten. Als Beginn wurde ein Kommunikt verfaßt, der der Verächtlichmachung mit Ausländern verdächtigt wird. Dann wurde eine Reihe Sozialisten eingesperrt und ihre Wohnungen durchsucht. Jetzt, wo dieser Brief geschrieben wird, sind die Zeitungen voller sensationellen Berichte über diese Verhaftungen und andere Tötlichkeiten der Tokioer Polizei. Ob die G. aylen von dem „zweiten Kotofu-Fall“ (Kotofu wurde vor zehn Jahren wegen eines angeblichen Komplotts gegen das Leben des Mikado mit einer Anzahl Genossen hingerichtet. Die Red.) wahr sind oder nicht, es ist unbestreitbar, daß die revolutionäre Bewegung Japans von dem Hintergrund auf die Vorderbühne der Öffentlichkeit getreten ist und da handelt.

Schon 1909 setzte der schwedische Gewerkschaftskongreß eine Kommission zur Untersuchung der besten Organisationsformen ein. Diese Kommission, deren ausführlicher Bericht vom Gewerkschaftskongreß 1912 gutgeheißen wurde, empfahl die Schaffung von Industrieverbänden, ohne daß diese Anregung bisher viel Erfolg gezeitigt hätte. Nur in der Lebensmittelindustrie dürfte jetzt der Industrieverband bald zur Wirklichkeit werden. Einem von den Vertretern der Verbände der Wäder, Schlächter und Müller ausgearbeiteten Verschmelzungsentwurf stimmte der Verbandstag der Wäder zu, während die Urabstimmung der Schlächter eine Mehrheit dafür ergeben dürfte und die Müller in der Urabstimmung beschloßen, einen Verbandstag zur Erledigung der Frage einzuberufen. Auch der Vorstand des Verbandes der Hotel- und Restaurantangestellten ist für die Verschmelzung, doch erklären die Brauer, daß sie an der Frage nicht direkt interessiert seien, zumal sie jetzt der Internationale der Lebensmittelarbeiter angehören.

Der Verband der Seeleute beschloß durch Urabstimmung, den Vorstand zu ermächtigen mit dem Verband der Raschmützen und Geizer Verschmelzungsverhandlungen einzuleiten. Einige Ortsgruppen des letzteren Verbandes haben schon eine ähnliche Entscheidung getroffen.

Der Verband der Seeleute beschloß durch Urabstimmung, den Vorstand zu ermächtigen mit dem Verband der Raschmützen und Geizer Verschmelzungsverhandlungen einzuleiten. Einige Ortsgruppen des letzteren Verbandes haben schon eine ähnliche Entscheidung getroffen.

Der Verband der Seeleute beschloß durch Urabstimmung, den Vorstand zu ermächtigen mit dem Verband der Raschmützen und Geizer Verschmelzungsverhandlungen einzuleiten. Einige Ortsgruppen des letzteren Verbandes haben schon eine ähnliche Entscheidung getroffen.

Der Verband der Seeleute beschloß durch Urabstimmung, den Vorstand zu ermächtigen mit dem Verband der Raschmützen und Geizer Verschmelzungsverhandlungen einzuleiten. Einige Ortsgruppen des letzteren Verbandes haben schon eine ähnliche Entscheidung getroffen.

Der Verband der Seeleute beschloß durch Urabstimmung, den Vorstand zu ermächtigen mit dem Verband der Raschmützen und Geizer Verschmelzungsverhandlungen einzuleiten. Einige Ortsgruppen des letzteren Verbandes haben schon eine ähnliche Entscheidung getroffen.

ein Mitglied des Werkmeisterverbandes zum Eisen- und Metallarbeiter-Verband übertraten, wenn es seine Weiterstellung aufgibt, vorausgesetzt, daß es nicht wegen Beitragsrückstandes gestrichen oder aus sonst einem Grunde ausgeschlossen wurde. Wenn solche Mitglieder früher dem Eisen- und Metallarbeiter-Verbande bereits angehört haben und während der ganzen Tätigkeit als Meister im Werkmeisterverbande waren, so treten sie in die früher erworbenen Rechte wieder ein. Ein Mitglied, das zum Werkmeisterverbande übertritt, behält noch sechs Monate seine in der Versicherungskasse des Eisen- und Metallarbeiter-Verbandes erworbenen Rechte, worauf es beim Versicherungsfonds des Werkmeisterverbandes bezugsberechtigt wird.

Kommt es zu einem Kampfe zwischen dem Eisen- und Metallarbeiter-Verband gegen Unternehmer, so ist der Vorstand des genannten Verbandes verpflichtet, dies sofort dem Vorstand des Werkmeisterverbandes zu melden. Letzterer hat seinen Mitgliedern in dem vom Kampfe betroffenen Betrieben sofort die nötigen Verhaltensregeln mitzuteilen, damit sie den am Kampfe beteiligten Arbeitern keinen Schaden zufügen. Bei den organisationsmäßig anerkannten Kämpfen zwischen Unternehmern und Arbeitern dürfen die Mitglieder des Werkmeisterverbandes keine anderen Arbeiten ausführen als die, die sie schon früher in ihrer Eigenschaft als Angestellte und Arbeitsleiter ausgeführt haben. Bei Streitfällen zwischen Unternehmern und Mitgliedern des Werkmeisterverbandes, die zu einer vom Vorstande dieses Verbandes ausgesprochenen Sperre der betreffenden Stellen führen, ist der Vorstand des Eisen- und Metallarbeiter-Verbandes sofort zu benachrichtigen und von den Ursachen des Streitfalles in Kenntnis zu setzen. Der Vorstand des Eisen- und Metallarbeiter-Verbandes hat dies sofort seinen Mitgliedern mitzuteilen und diese davon abzuhalten, daß sie in die gesperrten Stellen eintreten.

Kommt es zu Unstimmigkeiten zwischen Mitgliedern der beteiligten Verbände, so haben deren Ortsverbände sofort zu entscheiden, die Unstimmigkeiten durch Verhandlungen zu lösen. Kommt es nicht zur Einigung, so wird die Sache den Hauptvorständen überwiesen. Die von diesen getroffene Entscheidung ist endgültig.

Der Vertrag ist am 1. Juni 1921 in Kraft getreten und läuft auf unbestimmte Zeit weiter, wenn er nicht von einer der Parteien mit dreimonatlicher Kündigungsfrist gekündigt wird oder wenn nicht Anträge auf Änderung gestellt werden.

Sine englische Stimme zur Berufsdung Oberschlesiens.

Unter der Überschrift: Des Völkerrundes schamlose Unterwerfung unter Frankreich schreibt Dorothy Burton im Labour Leader vom 27. Oktober:

Was ist die Folge der Entscheidung über Oberschlesien? Weniger Handel, weniger Arbeit, aber mehr Militarismus. Der katastrophale Sturz der deutschen Mark und die Gemühter ihrer andauernden Schwankung wirft jeden Vorteil über den Paufen, der aus dem Plan der englischen Regierung, den Handel zu fördern, entspringen kann. Die Erschütterung der wirtschaftlichen Grundlage Deutschlands wirkt naturgemäß bei seiner Nachbarn weiter...

Aber, schreibt Dorothy Burton weiter, wenn Europa auch seinem Ruin um viele Schritte näher gebracht ist, Frankreich hat doch wenigstens seinen Vasallen und Schuldner, Polen, gestärkt. Der polnische Finanzminister Michalski sagte am 5. Oktober in einer Rede, Polen hätte eine ausländische Schuld von 3 1/2 Milliarden französischer Franken (wovon der größte Teil auf Frankreich kommt). Er sagte weiter, daß nur 10 v. H. der polnischen Staatsausgaben durch Einnahmen gedeckt werden... Frankreich hat daher, vom beschränkten französischen Standpunkt gesehen, jede Ursache, die Übergabe von Oberschlesiens Erdstätten an Polen zu begünstigen...

Der Verlust von 25 v. H. seines gegenwärtigen Gesamtkohlenvorrates mit der Einbuße seiner ober-schlesischen Eisen-, Stahl- und Zinklager, bringt Deutschland in eine wirtschaftliche Lage, die ebenso grausam als unmöglich ist. Nichtsdestoweniger, wenn die unvermeidliche Unmöglichkeit, die Reparationsschuld zu zahlen, da ist, wird die gesamte Zingopresse in Frankreich und Britannien das Geschrei von Deutschlands schlechtem Willen anheben und der gewünschte Vorwand ist gefunden für weitere Sanktionen, für weitere Besetzungen, für weitere Maßnahmen zur Erdrosselung seines Wirtschaftslebens, und das Land wird unter den Stiefel Frankreichs gebracht sein...

Wann wird die britische Öffentlichkeit den Mut finden, die Wahrheit, die uns ins Gesicht starrt, zuzugeben, daß es in der Welt keine wirkliche abstruße Macht gibt als eine Politik der Gerechtigkeit? Und daß es keinerlei Sicherheit in einer Entente gibt, die solche schamlose Opfer verlangt?

Kündigungsausschluß

Bekanntlich gilt nach der Gewerbeordnung immer noch an sich für Arbeiter eine 14tägige Kündigungsfrist. Häufig aber wird diese gesetzliche Kündigungsfrist dadurch abgeändert, daß entweder eine kürzere Kündigungsfrist oder überhaupt ein Kündigungsausschluß vereinbart war. Wichtig besehen, liegt ja eigentlich eine längere Kündigungsfrist heutzutage weder im Interesse des Arbeitnehmers noch im Interesse des Arbeitgebers, und es dürfte daher über die Form und die Bedeutung des Kündigungsausschlusses einiges mit Erfolg gesagt werden können.

Die Vereinbarung des Kündigungsausschlusses ist nicht etwa davon abhängig, daß ein Arbeiter im Stundenlohn arbeitet, andererseits gilt nicht etwa — wie oft fälschlicherweise geglaubt wird — die Vereinbarung von Stundenlohn ohne weiteres stillschweigend Kündigungsausschluß nach sich; die Vereinbarung des Kündigungsausschlusses hat vielmehr in der Regel durch die Arbeitsordnung zu geschehen. Eventuell kann auch eine Ortsüblichkeit oder Gewohnheit in einem bestimmten Gewerbe oder Betriebe einen Kündigungsausschluß rechtfertigen. (Gewerbegericht Mannheim 3. 5. 16, Gewerbe- und Kaufmannsgericht 21, 296, Landgericht Kiel 14. 10. 12, Gewerbe- und Kaufmannsgericht 18, 130.)

Ob in Betrieben, für die eine Arbeitsordnung herausgegeben werden muß (mindestens 20 Arbeiter), ein Ausschluß genügt, der auf den bestehenden Kündigungsausschluß hinweist, ohne daß in der Arbeitsordnung etwas darüber gesagt ist, kann zweifelhaft sein. Das Landgericht III Berlin hat zum Beispiel am 1. April 1919 in dieser Beziehung dahin entschieden, daß ein derartiger Anschlag zur rechtswirksamen Begründung des Kündigungsausschlusses ausreichend sei, wenn offensichtlich der Arbeiter den Inhalt des Anschlusses gekannt habe.

Wenn im übrigen Kündigungsausschluß vereinbart ist, so heißt das nicht etwa, daß der Arbeiter mitten während der Arbeitszeit befreit ist, die Arbeit niederzulegen und fortzugehen, sondern es bedeutet das Recht und die Pflicht des Arbeiters, bis zum Schluß des Arbeitstages fortzuarbeiten, das ist wenigstens die überwiegende Meinung (s. V. Gewerbegericht Berlin, soziale Praxis II, 1123, 15, 627).

Selbst wenn aber Kündigungsausschluß vereinbart ist, so stehen trotzdem heutzutage dem entlassenen Arbeiter die Schutzbestimmungen des Betriebsratsgesetzes und der Entlassungsverordnung zur Seite, so daß die Vereinbarung des Kündigungsausschlusses nicht ohne weiteres einen Verzicht auf irgendwelche Rechte bedeutet. Dr. Schmalz (Hamburg).

Erklärung.

Kollege G. Bernice erucht um Aufnahme folgender Stellen: Zu der Verichtigung des Kollegen Schilde in Nr. 43 der Metallarbeiter-Zeitung stelle ich fest, daß ich die Behauptung des Kollegen Brandes auf dem Verbandstag in Jena, die Schilde zu seiner Verichtigung veranlaßt hat, gleich durch eine entsprechende schriftliche Erklärung, die in der Generalversammlung vom Vorstehenden verlesen wurde, als unrichtig zurückgewiesen habe.

* Nicht Einzelheiten von den (nach europäischen Begriffen) schmachvollen Umständen dieses Kienwerkes sind in Nummer 5 eines Arbeiters Blatt, Seite 314 u. f. zu finden.

